

SOZIALE UND POLITISCHE LAGE DER ROMA IN UNGARN

Zoltán Kiszelly

Die Roma bilden einen festen Teil der ungarischen Gesellschaft. Laut Urkunden leben sie ungefähr seit dem 15. Jahrhundert im Karpaten-Becken. Konflikte im Zusammenleben zeugen von einer verbreiteten Abneigung der Mehrheitsbevölkerung gegen die Roma, die das Erstarken der radikalen Partei Jobbik wesentlich begünstigt hat. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2011 hat Ungarn eine Roma-Strategie auf den Weg gebracht, und auch im eigenen Land zielen neue sozialpolitische Maßnahmen auf eine Verbesserung der Lage der Roma ab. Die bürgerliche Regierung konnte bereits erste Erfolge dabei erzielen, das Konfliktpotenzial zu senken und paramilitärische Organisationen zu verbieten.



Zoltán Kiszelly ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Hochschuldozent an der János Kodolányi Hochschule für angewandte Wissenschaften.

DIE SOZIALE LAGE VOR 1990

Roma waren durch die Jahrhunderte in die ungarische Gesellschaft integriert. Neben den Musikern gehörten auch die Handwerker zum Alltagsbild. Roma waren als Korbflechter, Besenmacher, Metallbearbeiter und Holzschnitzer bekannt, ihre Produkte und Dienstleistungen begehrt. Die Massenfertigung von Industriegütern und ihr flächendeckender Vertrieb in der Provinz durch Genossenschaften setzte diesen Gewerben ab dem 20. Jahrhundert ein Ende, aber es kamen keine neuen Berufe hinzu, die vor Ort und massenhaft eine Arbeit für die Roma geboten hätten.

Nach 1945 wurden die Roma in die sozialistische Gesellschaftsordnung zwangsintegriert und durch administrative Maßnahmen sesshaft gemacht, was meist durch den Bau von provisorischen Siedlungen am Rand der Dörfer geschah. Die meisten dieser Häuser waren in landesweiten Kampagnen in sogenannter CS-Qualität (*csökkentett*,

gemindert) errichtet worden. Sie hatten zum Teil kein Badezimmer und waren auch nur spärlich an die Infrastruktur angeschlossen.

Die Repräsentation der Roma war bis in die 1970er Jahre durch das System der Woiwoden (*vajda*) gesichert. Diese wurden von der Roma-Gemeinschaft vor Ort aus den angesehenen und einflussreichen Familien gewählt. In den späten 1970er Jahren wurde dieses System aufgelöst und die spezifischen Probleme der Roma wurden meist als soziale Fragen angesehen und behandelt.

Ab den späten 1960er Jahren bot der Staat zinsgünstige Wohnungskredite, was viele Familien zum Ankauf von neugebauten Häusern und Wohnungen nutzten. Es kam massenhaft vor, dass Romafamilien die ihnen zugeteilten neuen Wohnungen gegen kleinere und ältere tauschten, um den Differenzbetrag in bar zu erhalten. In dieser Zeit zogen Romafamilien zunehmend in die verfallenden Innenstädte von Ballungsräumen (insbesondere nach Budapest und Miskolc), wo sie meist Einzimmer-Altbauwohnungen bezogen. Stieg der Anteil von Romafamilien in der Nachbarschaft über einen Richtwert von ca. zehn bis 15 Prozent, begannen Familien aus der Mehrheitsbevölkerung wegzuziehen. Weitere Romafamilien nahmen ihre Plätze ein. Eine Ghettoisierung ganzer Stadtteile begann. Dieser Prozess vollzog sich auch in einzelnen Dörfern, die heute bereits mehrheitlich von Roma bewohnt werden.

Durch die Arbeitspflicht im Sozialismus waren ca. 80 bis 85 Prozent der Roma erwerbstätig. Die Männer waren vorwiegend in der Bauindustrie und im Bergbau als Hilfs- und Facharbeiter beschäftigt, die Frauen arbeiteten typischerweise in LPGs oder als angelernte Hilfsarbeiterinnen in einfachen Berufen wie Küchenhilfe oder Putzfrau. Da Wohnort und Arbeitsstelle oft weit entfernt lagen, pendelten viele Arbeiter vom Nordosten des Landes in die Industriestädte. Die Alphabetisierung im Sozialismus war erfolgreich, zumindest die acht Klassen der Grundschule rückten für viele Roma in erreichbare Nähe. Ambitionierte und talentierte Roma konnten einen Beruf erlernen oder studieren. Der Anteil von Roma mit Hochschulabschluss stagniert seitdem bei ca. ein Prozent der Romabevölkerung.

GRUNDPROBLEME IN UNGARN NACH DER WENDE

Das Grundproblem vieler postsozialistischer Gesellschaften liegt in der überproportionalen Rolle des Staates, der zu viele Aufgaben übernehmen muss, die in westlichen Staaten von der Zivilgesellschaft, Kirchen oder Kommunen versehen werden. Der Staatssozialismus sowjetischer Prägung machte es unmöglich, dass sich eine breite und kapitalstarke Mittelschicht und ein Sektor kleiner und mittelständischer Unternehmen ausbilden konnten. Die volkseigenen Unternehmen waren unterkapitalisiert, hatten keinen Wettbewerb zu bestehen und die Kosteneffizienz spielte nur eine untergeordnete Rolle.

Grundlegende Aufwendungen, etwa für Miete, öffentlichen Nahverkehr, Bildung und Gesundheitswesen sowie für lebensnotwendige Produkte (Lebensmittel, Bekleidung, Gebrauchsgüter, etc.) wurden vom sozialistischen Staat subventioniert oder verbilligt und manchmal sogar gratis zur Verfügung gestellt. Diese geldwerten Leistungen, „Zuwendungen zuzüglich des Gehalts“, wurden nach der Wende nicht auf Geldbasis umgestellt, da man die wahren Kosten oft kaum beziffern konnte. Die Löhne und Gehälter sowie Renten und Sozialhilfen wurden seitdem nicht um den Wert der früher vom Staat bereitgestellten Zuwendungen erhöht. Dieser fehlende Betrag verzögert zum Teil immer noch den Ausbau marktwirtschaftlicher Strukturen in der Grundversorgung, reißt aber auch eine große Lücke in die Kasse der sozialen Versorgungssysteme.

Das Schließen dieser Lücke war von der Politik auch nicht so recht gewollt, da man sich von den im Vergleich mit Westeuropa niedrigeren Löhnen Wettbewerbsvorteile erhoffte. Diese Erwartung wurde in den 1990er Jahren auch erfüllt, aber seit sich China und fernöstliche Schwellenländer in zunehmender Zahl in die internationale Arbeits-

teilung einklinken, kann Ungarn allein durch den Lohnvorteil nicht mehr Investitionen anziehen. Als bekanntes Beispiel hierfür gilt in Ungarn der Knoblauch. Viele Roma fanden

auf den Feldern als Erntehelfer ein Zubrot. Heute kommt der Knoblauch für den ungarischen Markt in zunehmendem Maße aus China, in den ungarischen Anbaugebieten wird

Viele Roma fanden auf den Feldern als Erntehelfer ein Zubrot. Heute kommt der Knoblauch für den ungarischen Markt in zunehmendem Maße aus China.

er nur noch umverpackt, wodurch die Nachfrage nach Arbeitskräften wesentlich geringer ist.

Arbeitslosigkeit und niedrige Einkommen zwingen den Staat seit 1990 dazu, eine im europäischen Vergleich überproportionale Rolle in der Grundversorgung zu übernehmen. Da die wirtschaftlichen Grundlagen für den „früh geborenen Wohlfahrtsstaat“ (ein treffender Begriff von János Kornai aus den 1980er Jahren) fehlten und auch heute nicht gegeben sind, hatte die Politik in Ungarn zwei Wege vor sich: Zum einen konnte sie die Besitzstandswahrung aus Krediten finanzieren, so geschehen ab den frühen 1980er Jahren. Zum anderen bot sich die Verringerung sozialer Leistungen an, was durch einschneidende Sparpakete (insbesondere 1995 und 2006) auch umgesetzt wurde. Der erste Weg war populär und brachte Wählerstimmen. Die Sparmaßnahmen dagegen wurden von den Wählern mit Proteststimmen für die jeweiligen Oppositionsparteien politisch bestraft.

Die vom Staat früher gratis oder verbilligt zur Verfügung gestellten Zuwendungen hatten meist eine niedrige Qualität und waren auch nicht in ausreichender Menge verfügbar.

„Mangel“ ist ein weiterer Schlüsselbegriff zum Verständnis für die Region Mittelosteuropas. Die vom Staat früher gratis oder verbilligt zur Verfügung gestellten Zuwendungen hatten meist eine niedrige Qualität und

waren auch nicht in ausreichender Menge verfügbar. Dieser an der Nachfrage gemessene Mangel ließ einen Schwarzmarkt der Waren und Dienstleistungen entstehen, in dem Schmiegelder und Tauschwert der Waren genau festgesetzt waren. Anfangspunkt dieser Geschäfte war in der Regel ein Staatsbetrieb, dessen öffentliche Mittel oder Dienstleistungen privat verwertet wurden. Hierauf baute vor 1990 auch die Lebensstrategie vieler Ungarn auf. Neben dem Hauptarbeitsplatz in einem Staatsbetrieb hatten die meisten noch einen lukrativen Nebenjob oder sie betrieben nebenbei Landwirtschaft, deren Produkte sie an örtliche LPGs verkauften. Die besonders Privilegierten konnten im Sommer ihr Wochenendhaus am Plattensee an westliche Touristen vermieten und dadurch an Westgeld kommen.

Roma dagegen hatten im sozialistischen Ungarn kaum eine Chance, am bescheidenen Kapitalisierungsprozess teilzunehmen. Am Rande der Gesellschaft lebend, konnten sie nur am Ende der Wertschöpfungskette eine Arbeit finden,

meist als Erntehelfer oder Bauarbeiter. In dem Maße, wie es dem Durchschnittsungarn schlechter ging, verschlechterte sich auch die Situation der Roma. Während aber die politisch repräsentierten Bevölkerungsgruppen, insbesondere Rentner und die Mittelschicht, auf die Hilfe der Politik bei der Bewältigung ihrer Probleme rechnen konnten, waren Roma als „politisch Namenlose“ auch hier für lange Zeit Außenseiter.

In den 1980er Jahren und vor der Wahl 2006 hatte die Politik den erreichten Stand der Sozialleistungen in besonders gravierendem Maße aus Krediten finanziert. Die erste frei gewählte Regierung musste 1990 einen Schuldenberg von 20 Milliarden US-Dollar übernehmen. Von 2002 bis 2010 erhöhte sich die Staatsverschuldung unter den drei sozialistischen Regierungen von 53 Prozent auf 82 Prozent des BIP. In der Zeit der ersten sozialistischen Regierung (1994 bis 1998) konnte noch ein Teil der Privatisierungserlöse für Sozialausgaben verwendet werden. Die Tilgung dieses Schuldenberges verschlingt seitdem in jedem Jahr mehr Geld, als aus der Einkommensteuer in die Staatskasse fließt. Ungarn überschreitet mit diesem Wert nicht nur die Maastrichter Kriterien der EU, sondern hat im Vergleich mit seinen Nachbarstaaten Polen, Tschechien, der Slowakei und Rumänien bis heute einen Wettbewerbsnachteil.

VERÄNDERUNGEN NACH 1990

Durch die Privatisierung und Abwicklung fielen die früheren Großbetriebe und Großbaustellen als sichere Arbeitsplätze weg. Da keine Arbeitspflicht mehr bestand, sah sich der nunmehr demokratisch und marktwirtschaftlich ausgerichtete Staat auch nicht mehr in der Pflicht, Arbeitsplätze bereitzustellen. Da keine Arbeitspflicht mehr bestand, sah sich der nunmehr demokratisch und marktwirtschaftlich ausgerichtete Staat auch nicht mehr in der Pflicht, Arbeitsplätze bereitzustellen. Als weitere Veränderung fielen durch Technologietransfer und Modernisierung zahlreiche angelernte Berufe und Hilfsstellen weg. Auf den Baustellen und in der Landwirtschaft übernehmen Maschinen zunehmend jene Aufgaben, die früher von Dutzenden Menschen verrichtet wurden.

Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften ist gestiegen, während Roma und andere bildungsferne Schichten oft nicht einmal die acht Klassen der Grundschule absolvieren.

Die ungarische Fachausbildung war lange Zeit auch nicht in der Lage, diesen geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Die Ausbildung war theoriezentriert, so wurden die Auszubildenden in den Werkstätten der Fachschulen und nicht in Produktionsbetrieben mit der realen Arbeitswelt konfrontiert. Erst jetzt erfolgt die Umstellung auf ein dem deutschen Modell ähnliches duales Ausbildungssystem, in dem Theorie und Arbeitspraxis besser aufeinander abgestimmt sind und Unternehmen sowie Industriekammern in die Planung einbezogen werden.

Die ghettoisierten Innenstädte prosperierender Ballungsräume wurden in den 2000er Jahren zunehmend saniert.

Bewegung kam auch in die lange Zeit eingefrorene Wohnungsmobilität. Die ghettoisierten Innenstädte prosperierender Ballungsräume (z.B. die VI., VIII., IX. und X. Budapester Stadtbezirke oder einzelne Großstädte) wurden in den 2000er Jahren zunehmend saniert. Die legalen Bewohner der Altbauten brachte man mithilfe einer Abfindung zum Verlassen ihrer Wohnungen. Die Summe reichte aber in der Regel nicht für eine Wohnung in den sich rapide verteuern den Städten, deshalb zogen diese Familien meist zu Verwandten in strukturschwache Regionen. Wohnungsbesetzer wurden vor die Tür gesetzt. Investoren und Kommunen kauften oft in den Randbezirken Wohnungen, um sie als Ausweichmöglichkeit für Familien aus Sanierungsgebieten anzubieten.

Vor der Wende bildeten die Musiker die Elite der Romagesellschaft. Diese gebildete städtische Schicht spielte in Eliterestaurants, aber auch in Lokalen des Massentourismus, wo sie die „Puszta-Romantik“ per se verkörperten. Viele Roma spielten in großen Orchestern, gingen auf Tourneen und erhielten hohe staatliche Auszeichnungen. Mit der Zeit gerieten die Texte der Volkslieder und Operetten aber in Vergessenheit, die Nachfrage nach der Zigeunermusik brach weg. Heute können eher die Jazz-Musiker auf eine auch internationale Karriere hoffen. Für viele Romamusiker ist es traurig zu erleben, wie ihr früherer Elitestatus und ihr Wohlstand dahinschmelzen. Heute werden sie oft in öffentlichen Beschäftigungsprogrammen untergebracht.

Während im Sozialismus der Lebensalltag von der Arbeit bestimmt war, wuchsen nach 1990 inzwischen zwei Generationen von Kindern mit arbeitslosen Eltern auf. In diesen

Familien wird das Einkommen aus Sozialhilfen und – soweit möglich – Schwarzarbeit bestritten, was lange als funktionierendes Muster galt. Ganze Regionen und Generationen fühlten sich von Budapest „abgeschrieben“, in ihren Augen hatte der Staat eine immer geringere Rolle. Im Staatssozialismus dominierten noch die staatsbürgerlichen Pflichten, allen voran die Arbeitspflicht. Mit der Demokratisierung gewannen die freiheitlichen Rechte die Oberhand. Der ungarischen Politik ist es nicht gelungen, ein gesundes, von der Gesellschaft als gerecht empfundenen und mitgetragenes Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten zu finden. In gravierender Weise zeigt sich dies an der Steuermoral. Steuerhinterziehung gilt in Ungarn als Kavaliersdelikt. Sie konnte weder durch Steuerreformen, noch durch die Androhung harter Strafen entscheidend zurückgedrängt werden.

In der (politischen) Repräsentation der Roma brachte 1993 das Gesetz LXXVII über die Rechte ethnischer und nationaler Minderheiten eine entscheidende Wende. Das Gesetz hat 13 autochthone Minderheiten anerkannt, die mehr als 100 Jahre in Ungarn leben. Die Roma bilden mit geschätzten ca. 400.000 bis 500.000 Personen die größte Minderheit. Bei der Volkszählung 2011 haben sich von den zehn Millionen Ungarn 315.583 Personen als Roma definiert, gefolgt von 185.696 Deutschen.

Wenn 30 Angehörige einer Minderheit vor Ort den Wunsch äusserten, können sie alle vier (ab 2014 alle fünf) Jahre je eine Selbstverwaltungen ihrer Minderheit wählen. Diese haben die Aufgabe, das kulturelle Leben und die Traditionspflege ihrer Minderheit zu organisieren und zu lenken. Sie können selbst Institutionen (z.B. Schulen, Kulturhäuser, etc.) gründen und bekommen vom Staat Zuschüsse für Betrieb und Unterhalt. Bei der letzten Wahl 2010 wurden in 1.248 Gemeinden (von den insgesamt 3.200) Selbstverwaltungen der Roma gewählt, die auch als eine „Schule der Demokratie“ angesehen werden.

Die Angehörigen der Minderheiten können ebenfalls alle vier Jahre eine Selbstverwaltung auf Landesebene wählen, die ihrerseits Institutionen unterhalten und Aktionen, bzw. Programme durchführen kann. Die Selbstverwaltungen auf

Landesebene unterhalten Kontakte zu ihren entsprechenden Mutterländern. Die Roma sind die einzige Minderheit unter den 13, die kein Mutterland haben, dafür hat die Selbstverwaltung der Roma (ORÖ) vielfältige Kontakte zu anderen europäischen Romaorganisationen.

PROBLEME IM ZUSAMMENLEBEN

Roma leben in Großfamilien, besonders häufig in der Provinz. Sie wohnen in einer Weise zusammen, die in Europa vor 100 bis 150 Jahren noch dominant war, seit den Sozialreformen und der Etablierung des Wohlfahrtsstaates aber eher ein Auslaufmodell ist. Mehrere Generationen leben unter einem Dach oder in unmittelbarer Nachbarschaft, wobei die Jüngeren für die Alten sorgen, die ihrerseits bei der Erziehung der Kleinen helfen. Gemeinschaftlich praktizierte soziale Dienstleistungen wie Kinderaufsicht, Einkaufen oder Behördengänge sind dabei wichtiger als Geld. In diesen Großfamilien kommen überdurchschnittlich viele Kinder zur Welt, während die Kinderzahl bei gebildeten und städtischen Romafamilien näher am Landesdurchschnitt liegt. Das Alter vieler Romafrauen liegt bei Geburt des ersten Kindes oft weit unter dem Landesdurchschnitt, während Frauen, die zur Mehrheitsbevölkerung gehören, immer häufiger erst nach ihrem 25. oder sogar 30. Lebensjahr Mutter werden.





Jede Bevölkerungsschicht versucht, das Beste aus ihrer Situation zu machen. Die Liste der Tricks, mit denen sich die relevanten Bevölkerungsgruppen Vorteile erschleichen, ist unendlich lang und kann in jedem beliebigen Land zusammengestellt werden. Familien der Unterschicht, zu der die Mehrheit der Romafamilien gehört, haben auch ihre Praktiken, um über die Runden zu kommen: So lassen sich Ehepaare auf dem Papier oft scheiden, um als Alleinerziehende höhere Sozialhilfesätze zu erhalten. Eigene Kinder werden in staatliche Fürsorge gegeben, woraufhin die leiblichen Eltern oder nahe Verwandte die Kinder dann wieder adoptieren, um so eine Mehreinnahme für die Familie zu sichern.

Die Polizei war durch Sparmaßnahmen ihrer Aktionsfähigkeit beraubt, hatte aber mangels geeigneter Rechtsmittel auch nur wenig Handhabe.

Unter den sozialistischen Regierungen verschlechterte sich die allgemeine Vermögenssicherheit gravierend. Die Polizei war durch Sparmaßnahmen ihrer Aktionsfähigkeit beraubt, hatte aber mangels geeigneter Rechtsmittel auch nur wenig Handhabe, um erfolgreich auftreten zu können. Ein Beispiel dafür sind Bagatelldelikte mit einem Sachwert von unter 80 Euro. Wenn z.B. Holz oder Mais im Wert von 240 Euro geklaut wird und drei Diebe gefasst werden, liegen sie pro Kopf unter diesem Sachwert und können mit einer milden Strafe, meist einer Verwarnung, rechnen. Das gab der Polizei ein Gefühl der Ohnmacht und verunsicherte die Bevölkerung.

DAS ERSTARKEN DER RECHTSRADIKALEN

PARTEI JOBBIK

Es ist die Aufgabe der Politik, anstelle der durch Sparmaßnahmen oder durch Gesetzesänderungen weggefallenen Hilfen andere tragbaren Lösungen anzubieten, um soziale und gesellschaftliche Unruhen zu vermeiden oder dem Erstarken von Anti-Systemparteien wie der rechtsradikalen Partei Jobbik vorzubeugen. Es ist eine politikwissenschaftliche Regelmäßigkeit, dass rechtsextreme Parteien insbesondere unter Linksregierungen Zulauf erhalten. Für Ungarn trifft dies besonders zu. Jobbik gelang der Durchbruch bei der Europawahl 2009, in denen die Radikalen mit 427.773 Stimmen (14,77 Prozent) drittstärkste Kraft wurden. Bei der letzten Parlamentswahl 2010 erhielten sie 855.436 Stimmen (16,67 Prozent), womit sie fast gleichauf mit den Sozialisten (19,30 Prozent) lagen. Seitdem hat

Jobbik in den Umfragen stabile acht bis zehn Prozent Unterstützung, womit sie bei der Wahl 2014 die Fünfprozenthürde sicher nehmen könnten.



Unterstützer der rechtsradikalen Partei Jobbik: es ist eine politikwissenschaftliche Regelmäßigkeit, dass rechtsextreme Parteien insbesondere unter Linksregierungen Zulauf erhalten. | Quelle: Leigh Phillips, flickr (CC BY-NC).

Die Partei wurde 1999 von jungen, meist männlichen Akademikern als Jugendbewegung gegründet. Die meisten Mitglieder waren Außenseiter der ungarischen Gesellschaft, kamen aus der Provinz und hatten in Budapest keine Beziehungen. Sie stammen aus vornehmlich protestantischen Elternhäusern, während die ungarische Elite meist katholische oder jüdische Wurzeln hat. Jobbik wandelte sich 2003 zu einer Partei, die nach einem Führungswechsel im November 2006 eine radikale Richtung einschlug.

Die neue Parteiführung erkannte das politische Potenzial, das aus den Problemen des Zusammenlebens von Roma und Mehrheitsbevölkerung in den Krisenregionen resultierte. 2007 wurde die paramilitärische Ungarische Garde ins Leben gerufen. Zu ihrer Spitzenzeit hatte sie ca. 3.000 aktive Mitglieder, die regelmäßig Geländeübungen, öffentliche Aufmärsche und Vereidigungen abhielten und durch Anlehnung an Symbole der Kriegszeit bewusst provozierten. So ahmten etwa die Eliteformationen der Garde die königlich-ungarische Gendarmerie nach, die 1944

maßgeblich an der Deportation der ungarischen Juden und Roma nach Auschwitz beteiligt war. Die Romafeindlichkeit spielt bei Einsätzen eine wesentliche Rolle. Dennoch achtet die Garde peinlich darauf, die rote Linie der Illegalität nicht zu überschreiten.

Wenn ein schockierendes Verbrechen verübt wird, das mit Roma als potenziellen Tätern in Verbindung gebracht werden kann, erscheint die Garde und marschiert provokativ durch die Ortschaft.

Der Einsatz der Garde hat folgendes Muster: Wenn ein schockierendes Verbrechen verübt wird, das mit Roma als potenziellen Tätern in Verbindung gebracht werden kann, erscheint die Garde und marschiert provokativ durch

die Ortschaft. Solche Aufmärsche zielen bewusst auf Wohnquartiere der Roma, um deren Bewohner einzuschüchtern. Die Polizei erscheint mit einem massiven Aufgebot, um ethnischen Konflikten vorzubeugen. Die Aufmärsche erfolgen dann in der Regel nicht in den Ortsteilen der Roma. Trotzdem fühlen sich diese bedroht und bringen Frauen und Kinder bei Verwandten in anderen Orten in Sicherheit. Durch die fortwährende Polizeipräsenz können für zwei bis drei Wochen, maximal jedoch für einige Monate, ernste Probleme oder Delikte vermieden werden. Somit bewirkt das Erscheinen der Garde wegen der dadurch provozierten Polizeipräsenz in den Augen der meisten Bewohner der Krisenregionen eine erhöhte Sicherheit.

Ein zentrales Wahlkampfthema von Jobbik-Politikern ist das Versprechen, nach ihrer Regierungsbildung die Gendarmerie wiedereinzuführen und so permanent für Ruhe und Ordnung in der Provinz zu sorgen. Jobbik und die Garde hatten in den Krisenregionen auch durch dieses Versprechen massenhaften Zulauf, was die Radikalen derzeit eher zu einer regionalen Partei werden lässt. Jobbik hat mit der Thematisierung der Romafrage in Gebieten westlich der Donau kaum Erfolgchancen.

In Ungarn können Politik und Gesellschaft durch das Modell des Nullsummenspiels am zutreffendsten beschrieben werden. Die Mehrheitsbevölkerung fühlt sich in ihrer sozialen Sicherheit durch die Armen bedroht, von denen die Roma wegen ihrer Hautfarbe und durch ihr zum Teil abweichendes Verhalten am auffälligsten sind. Jobbik bedient vorhandene Vorurteile und versucht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die größte Gefahr sehen Beobachter darin, dass durch die Thematisierung der Romafrage mit

dem Wortgebrauch radikaler Politiker und der Entfesselung von Emotionen die Vorurteile gegenüber Roma verhärtet werden. Auch wird nach Morddelikten immer wieder für die Wiedereinführung der Todesstrafe Stimmung gemacht. Dazu kommen antisemitische und offen EU-feindliche Verbalattacken.

Jobbik brüstet sich damit, schonungslos gegen Tabus vorzugehen, was viele bisherige Schranken in der öffentlichen Diskussion zum Fall gebracht hat. Früher war es z.B. in Ungarn nicht üblich, den ethnischen oder re-

ligiösen Hintergrund einer Person zur Beurteilung seiner Glaubwürdigkeit anzuführen.

Die sexuelle Orientierung oder sogar Facebook-Likes und Kommentare von politischen Gegnern werden heute oft als „Argumente“

in der politischen Auseinandersetzung herangezogen. Das Meinungszentrum der ungarischen Gesellschaft hat sich laut Umfragen durch diese Tendenzen weit nach rechts bewegt. Linksparteien und Liberale müssen sich, wenn auch vorsichtiger, *law and order*-Parolen zu Eigen machen, wenn sie in den Krisenregionen auf Stimmen hoffen wollen.

Das Meinungszentrum der ungarischen Gesellschaft hat sich weit nach rechts bewegt. Linksparteien und Liberale müssen sich *law and order*-Parolen zu Eigen machen, wenn sie in den Krisenregionen auf Stimmen hoffen wollen.

MASSNAHMEN DER BÜRGERLICHEN REGIERUNG

NACH 2010

Ungarn wurde 2010 von der Fidesz-Regierung in einem moralisch und wirtschaftlich desolaten Zustand übernommen. Das Vertrauen in die Kompetenz der Politik und staatlicher Institutionen war niedrig, Korruptionsaffären waren an der Tagesordnung. Gegen Ungarn war schon seit 2004 ein Defizitverfahren anhängig, was die forcierte Verringerung des Haushaltsdefizits auf unter drei Prozent des BIP notwendig machte. Das erforderte Sparmaßnahmen, wodurch wichtige Projekte, darunter auch solche für Roma, vorerst auf die lange Bank geschoben werden mussten.

Die Regierung stellte gleich am Anfang der Legislaturperiode wichtige Weichen. Viele Maßnahmen waren überfällig, werden ihre Wirkung aber erst langfristig entfalten. Zunächst jedoch wurden ethische Normen festgesetzt, die sich mehr am gesellschaftlichen Gerechtigkeitsempfinden orientieren als zur Zeit der Linksregierungen. Als

Hauptaspekte wurden im Sinne des *workfare state* Arbeit und Lernen bestimmt, um eine dauerhafte Aufstiegsmöglichkeit für die Unterschicht bieten zu können.



Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán: seine bürgerliche Regierung machte sowohl im Budapester Parlament als auch international deutlich, dass sie keine Diskriminierung von Menschen dulden und zigeunerfeindliche oder antisemitische Tendenzen aktiv bekämpfen werde. | Quelle: Europäisches Parlament (CC BY-NC-ND).

Die Selbstverwaltung der ungarischen Roma (ORÖ) schloss im Mai 2011 eine Vereinbarung mit der Regierung, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für 100.000 Roma – insbesondere in den Krisenregionen – vorsieht. Bis 2013 wurden bereits ca. 56.000 Roma in ABM-Maßnahmen einbezogen. Das Kindergeld wurde z.B. an die Bedingung des Schulbesuchs gekoppelt. Fehlt ein Kind mehr als 50 Stunden im Jahr unentschuldig in der Schule, so muss die Familie mit finanziellen Konsequenzen rechnen. Ein Teil der Sozialhilfe wird nun in Gutscheinen ausgegeben, die nur für Wohnnebenkosten, Schulausrüstung oder den Besuch kultureller Einrichtungen verwendet werden können. Als Bedingung für die Sozialhilfe wurde das Bestellen des eigenen Gartens gestellt, um den Eigenbedarf der Familien zu decken. Groß angelegte Programme helfen der Landbevölkerung, wieder mehr Obst und Gemüse anzubauen und Nutztiere zu halten. Dazu werden Saat und Kleinvieh zur Verfügung gestellt und Schulungen durchgeführt. ABM-Arbeiter werden verstärkt zur Brennholzsammlung und beim Lebensmittelanbau eingesetzt, um dadurch eine geregelte Versorgung der Bedürftigen zu sichern und Bagatelldelikten vorzubeugen.

Die Teilnahme an Beschäftigungsmaßnahmen (mindestens drei Monate in einem Kalenderjahr) wurde ebenfalls als Vorbedingung für die Sozialhilfe gestellt.

Die neue Sozialpolitik achtet mehr auf das Lohnabstandsgebot. Unter der sozialistischen Regierung erhielten Begünstigte, die z.B. die Grundschule nachholten oder in öffentlichen Beschäftigungsprogrammen arbeiteten, den Mindestlohn von damals ca. 300 Euro monatlich. Das empfanden viele als ungerecht, da sie täglich acht bis zehn Stunden für die gleiche Summe arbeiten mussten. Mit der seit 2010 gültigen neuen Staffelung wurde die Sozialhilfe gesenkt und durch die erwähnten Maßnahmen flankiert. Den Lohn für ABM-Arbeiter setzte man bei ca. der Hälfte des gesetzlichen Mindestlohnes (derzeit ca. 160 Euro monatlich) fest. Somit wurde ein Anreiz geschaffen, statt Sozialhilfe eine ABM-Arbeit anzunehmen, bzw. sich anstelle der ABM-Stelle eine Vollbeschäftigung zu suchen.

Die Vermögenssicherheit wurde durch die Einstellung von 3.500 neuen Polizisten (vornehmlich in den Krisenregionen) und eine Verschärfung des Strafrechts erhöht. Auch bei Bagatelldelikten können Täter jetzt zu einigen Tagen Polizeigewahrsam verurteilt werden. Das Prinzip „keine Tat soll ungebüßt bleiben“ beginnt zu greifen.

Die bürgerliche Regierung unter Viktor Orbán ging aktiv gegen die paramilitärischen Garden vor. Das Tragen von Uniformen und militärisches Gebaren in der Öffentlichkeit wurden für alle nichtstaatlichen Organisationen verboten. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wies die Regierung per Gesetz der Polizei und der örtlichen Hilfspolizei zu, somit wurde eine rechtliche Handhabe gegen provokative Aufmärsche geschaffen. Die Garde unternimmt seitdem zwar immer noch „zivile Spaziergänge im Interesse der öffentlichen Sicherheit“, oder „Märsche des ungarischen Lebens“, aber diese politischen Demonstrationen haben ein weitaus geringeres Konfliktpotenzial und ziehen auch im Vergleich zu früher weniger Menschen an.

Das Tragen von Uniformen und militärisches Gebaren in der Öffentlichkeit wurden für alle nichtstaatlichen Organisationen verboten.

Die bürgerliche Regierung machte sowohl im Budapester Parlament als auch international deutlich, dass sie keine Diskriminierung von Menschen dulden und romafeindliche oder antisemitische Tendenzen aktiv bekämpfen werde.

Der politische Wille wird national, international und auf EU-Ebene durch viele Programme flankiert. So richtete Ungarn während seiner Ratspräsidentschaft 2011 die Aufmerksamkeit der Mitgliedsstaaten durch die Roma-Strategie auf dieses Problem.

Es gab schon früher Integrationsprogramme für Roma, wie z.B. das Roma-Jahrzehnt 2005-2015, getragen von der Weltbank, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Europarats, des Open Society Ins-

Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft 2011 wollte die europäische Aufmerksamkeit auf die Situation der rund zehn bis zwölf Millionen Roma in Europa lenken.

titute und anderer internationaler Organisationen. Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft 2011 wollte die europäische Aufmerksamkeit auf die Situation der rund zehn bis zwölf Millionen Roma in Europa lenken. Die Romastrategie zielt auf die Hauptprobleme dieser Volksgruppe und formulierte vier Ziele: Zum einen wird eine Verbesserung des Schulzuges als Voraussetzung für den Eintritt auf den Arbeitsmarkt angepeilt, zweitens soll der Arbeitsmarktzugang selbst erleichtert werden, da die Arbeitslosigkeit unter den Roma alarmierend hoch ist (in Ungarn geschätzte 65 bis 75 Prozent). Das dritte Ziel betrifft die Gesundheitsversorgung. Roma haben auch in Ungarn eine niedrigere Lebenserwartung als die Mehrheitsbevölkerung, bestimmte Krankheiten kommen unter ihnen, bedingt durch ihre schlechtere Lebenssituation, häufiger vor. Mit dem vierten Ziel sollen die Wohnungssituation und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen verbessert werden.

Gegen Ende der ungarischen Ratspräsidentschaft konnte eine EU-Romastrategie bis 2020 beschlossen werden, was die „Europe-2020-Ziele“ auf diesem Feld ergänzt. Die Mitgliedsstaaten müssen regelmäßig Strategien für die Verwirklichung dieser Ziele ausarbeiten, was von der Kommission dann auch regelmäßig überprüft werden kann. Die ungarische Regierung definierte in dieser Strategie die Beschäftigung als eine Priorität. Neben öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen und Bildungskursen (so wurden z.B. 1.000 Roma Frauen zu Ammen und Familienhelferinnen ausgebildet) wurden neue Stipendienprogramme für begabte Jugendliche ausgeschrieben, um ihnen Aufstiegschancen zu eröffnen und bessere Berufsaussichten zu geben.

Die bürgerliche Regierung hat im Rahmen der Erneuerung des Landes viele Programme angestoßen, die durch Bildung eine bessere Arbeitsaussichten der Roma zum Ziel hat. Die Programme sollen außerdem politischer Stimmungsmache den Wind aus den Segeln nehmen. Die komplexe Annäherung erhöht die Akzeptanz solcher Programme. So werden z.B. Programme eingeleitet, die Personen helfen, die Grundschule nachzuholen. Von dieser Maßnahme profitieren meist Roma, aber dieses Ziel wird von der Mehrheitsbevölkerung und von den Roma selbst besser aufgenommen, als Programme, die nur für Roma ausgeschrieben sind. Seit dem Regierungswechsel 2010 wurden Programme für soziale Integration für insgesamt 233 Millionen Euro ausgeschrieben.

Es ist auf diesem Feld noch viel zu tun, aber der politische Wille, die Schaffung von Anreizen für die Betroffenen durch Erneuerung der sozialen Versorgungssysteme und die stärkere Einbeziehung neuer Partner (wie etwa die Kirchen und Kommunen) sollen helfen, das Prinzip der Subsidiarität auch auf diesem Gebiet besser zu nutzen. Die EU-weite Romastrategie kann dabei als Instrument helfen, Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken. Die komplexe Annäherung der ungarischen Regierung zielt darauf ab, dass durch die bessere Integration der Roma auch die Krisenregionen und dortige zivilgesellschaftliche Strukturen und Institutionen an Kraft gewinnen, attraktiver werden und dadurch zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Ungarn und des europäischen Gedankens beitragen.